

Berlin, 15. September 2024

Pressemitteilung des Vorstands

US-Blockade gegen Kuba hat verheerende Folgen

Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla hat bei einer Pressekonferenz vor internationalen Medienvertretern in Havanna den aktuellen Bericht über die US-Blockade gegen sein Land vorgestellt [<https://www.youtube.com/live/yegk4ZClzL0>]. Darin werden die vielfältigen Schäden und Beeinträchtigungen beschrieben, die durch die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade im Zeitraum März 2023 bis April 2024 in Kuba verursacht worden sind [<https://cubaminrex.cu/sites/default/files/2024-09/InformeB2024en.pdf>]. Zudem werden die „extraterritorialen Effekte“ beschrieben, von denen Akteure und Kooperationen mit Kuba auch in Deutschland geschädigt werden. Der Bericht dient als Grundlage für die Abstimmung über eine Resolution in der UN-Generalversammlung im Herbst in New York, mit der die umgehende Einstellung der Blockade durch die US-Regierung gefordert werden wird.

In den USA und den meisten westlichen Medien werden die Blockadeschäden ignoriert oder heruntergespielt. Demgegenüber belegt der Bericht, dass alle Sektoren stark geschädigt werden: Gesundheitsversorgung durch beschränkte Lieferungen von lebenswichtigen Arzneien und Geräten, Produktion und Transportwesen wegen eingeschränkter Energieversorgung, und sogar Bildung sowie Kultur sind betroffen. Zwar sei die US-Blockade nicht an allen Problemen in Kuba schuld, doch eindeutig der Hauptfaktor dafür. Selbst ein reiches Land könne einen solch rücksichtslosen Wirtschaftskrieg nicht unbeschadet überstehen.

Die in geschätzten monetären Schäden durch die US-Blockade seit 1962 betragen 1.499 Mrd. USD – zu aktuellen Preisen und zum Goldwert des Dollars. Im Bericht werden viele konkrete Beispiele für Schädigungen beschrieben und finanziell eingeschätzt. Besonders verheerend sei die willkürliche Setzung Kubas auf die US-Liste der „Terror unterstützenden Staaten“ (SSOT), denn deshalb gab es von Januar 2021 bis Februar 2024 weit über eintausend Fälle, in denen sich ausländische Banken weigerten, kubanischen Einrichtungen Dienstleistungen anzubieten, wie z.B. „Überweisungen für den Kauf von Lebensmitteln, Medikamenten, Treibstoff, Ersatzteilen für das nationale Stromnetz und lebenswichtigen Konsumgütern für die Bevölkerung.“

Zusammenfassend formuliert der Bericht: „Es handelt sich sowohl in seinem Wesen als auch in seinen Zielen um einen Akt einseitiger Aggression, eine ständige Bedrohung der Stabilität des Landes und eine massive, flagrante und systematische Verletzung der Menschenrechte aller Kubaner.“

Weitere Infos: 0157-82421146